

19. November 2025

Postulat

von Yves Peier (SVP)
Jean-Marc Jung (SVP)
und Stefan Urech (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei allen städtischen Institutionen, Dienstleistungen und Anlagen sichergestellt werden kann, dass auch künftig Bargeld als Zahlungsmittel akzeptiert wird und welche organisatorischen und technischen Anpassungen hierfür erforderlich sind.

Begründung:

Bargeld ist in der Schweiz ein gesetzliches Zahlungsmittel und soll im Alltag weiterhin praktisch nutzbar bleiben, insbesondere für städtische Dienstleistungen, die der breiten Bevölkerung zugutekommen. Staatliche Institutionen sind verpflichtet, das Zahlungsmittel zu akzeptieren, das sie selbst ausgeben.

Nicht alle Menschen verfügen über digitale Zahlungsmittel oder die notwendige technische Ausstattung. Besonders ältere Personen, Minderjährige und Menschen ohne Bankkonto sind auf Bargeld angewiesen. Die Akzeptanz von Bargeld gewährleistet, dass alle Bevölkerungsgruppen staatliche Leistungen gleichermaßen nutzen können. Zudem stärkt Bargeld die Betriebssicherheit, da es unabhängig von technischen Störungen, Netzproblemen oder Stromausfällen funktioniert. Ebenso hemmt das Bargeld das Verschuldungsrisiko im Gegensatz zum Kreditkartengebrauch.

Die Akzeptanz von Bargeld stärkt das Vertrauen in staatliche Stellen.

